2017.SR.000112 (18/007)

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP/JGLP, SP, BDP/CVP (Matthias Stürmer, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Matthias Egli, GLP/Ingrid Kissling, SP/Lionel Gaudy, BDP/Milena Daphinoff, CVP): Mehr BürgerInnenbeteiligung dank Open Smart City Bern

Mit einem Open Smart City Konzept soll es möglich werden, Informations- und Kommunikationstechnologien vermehrt für soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen in der Stadt Bern einzusetzen. Smart City Aktivitäten dienen stets Zielen der nachhaltigen Entwicklung und stiften einen direkten Nutzen für die Bevölkerung, Umwelt, Verwaltung und Wirtschaft. Kombiniert mit der Freigabe von Daten (Open Government Data) und Anwendungen (Open Source Software) tragen Smart City Aktivitäten zu Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, Zivilgesellschaft und Unternehmen bei.
Diese intensivierte Zusammenarbeit kann auch als eine Kollaboration im Sinne der offenen Wissenschaft bzw. von Citizen Science Projekten verstanden werden, die Mithilfe von interessierten LaiInnen und BürgerInnen entstehen und durchgeführt werden können. Technologie-orientierte Smart City Konzepte kombiniert mit dem direkten und offenen Zugang inkl. BürgerInnenbeteiligung führen zu interessanten Formen des Einbezugs der gemeinsamen Entwicklung und der Beteiligung wie auch der Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen. Wenn Smart City Konzepte mit Openness und adäquater Bürgerbeteiligung verbunden werden, haben sie ein grosses Potential, einen Mehrwert für die Stadt Bern und ihre Bürgerinnen und Bürger darzustellen[1].
In der Stadt Bern finden bereits seit Anfang 2016 regelmässig Roundtable-Gespräche zwischen den Berner Behörden, den Hochschulen und der Zivilgesellschaft statt, um gemäss Open Smart City Konzept aktuelle Problemstellungen der Stadt anzugehen. Dabei wurden gemeinsam zahlreiche konkrete Projektideen entwickelt, wie beispielsweise die Quartierbevölkerung besser in partizipative Prozesse eingebunden werden kann oder die Stimmberechtigten fundierter über Abstimmungen und Wahlen informiert werden können. Auch Ideenskizzen liegen vor, wie Strom und Wasser mittels innovativer Open Smart City Apps (Web und Mobile Anwendungen) gespart werden können und die nachhaltige Mobilität gefördert werden kann.
Aktuell ist geplant, mittels kostengünstiger Pilotprojekte die Realisierungsmöglichkeiten zu testen, erste Erfahrungen zu sammeln und die geplante Wirkung zu prüfen. Dazu wird die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Verwaltungsstellen (Fachämter, Informatikdienste, Informationsdienst etc.) sowie Umsetzungspartnern (Universität, Fachhochschule, Impact Hub Bern) und Zielgruppen in der Bevölkerung angeregt.
Um die Stadt Bern als Open Smart City auf strategischer und operativer Ebene zu entwickeln, bitten wir den Gemeinderat deshalb um folgende Massnahmen:

1. Entwicklung einer Open Smart City Strategie: Sie soll Zielsetzungen, Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadtverwaltung in den Themenfeldern festlegen (insbesondere die Rolle der Informatikdienste, des Informationsdienstes und der E-Government-Stelle)
2. Festlegung einer Stelle in der Stadtverwaltung, die für das Thema Open Smart City, Citizen Science und andere übergreifende Digitalisierungs-Themen zuständig ist
3. Umsetzung der Open Smart City Strategie u.a. mittels zu bestimmender Pilotprojekte, die über genügend Finanzmittel verfügen

[1] Siehe dazu auch „Open Smart City: Good Governance für smarte Städte“ 2016 Astrid Habenstein, Sara D‘Onofrio, Edy Portmann, Matthias Stürmer und Thomas Myrach in „Smart City“, Edition HMD, Springer Fachmedien

4. Freigabe von Open Data und Open Source Software durch die Stadt, um die Mitwirkung an der Open Smart City Strategieumsetzung durch die Hochschulen, Unternehmen und Zivilgesellschaft zu ermöglichen
5. Fortführung der Roundtable-Gespräche zwischen den Behörden, Unternehmen, Hochschulen, Zivilgesellschaft, lokalen Verbänden etc. unter Leitung der Stadt Bern, um gemeinsame Pilotprojekte zu lancieren.

Bern, 27. April 2017
Erstunterzeichnende: Matthias Stürmer, Manuel C. Widmer, Matthias Egli, Ingrid Kissling-Näf, Lionel Gaudy, Milena Daphinoff
Mitunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Patrik Wyss, Mohamed Abdirahim, Tamara Funiciello, Marcel Wüthrich, Brigitte Hilty Haller, Janine Wicki, Bettina Jans-Troxler, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Marieke Kruit, Ladina Kirchen Abegg, Johannes Wartenweiler, Fuat Köçer, Benno Frauchiger, Claude Grosjean, Michael Burkard, Isabelle Heer, Philip Kohli, Maurice Lindgren, Patrick Zillig, Marianne Schild, Lukas Gutzwiller

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidverantwortung beim Gemeinderat.

Die Forderungen des Vorstosses liegen auf der Linie, die der Gemeinderat bezüglich des Themas der Digitalisierung der Stadtverwaltung verfolgt:

- Die Stadtverwaltung ist daran, eine entsprechende Strategie zu erarbeiten, die die Ziele, Zuständigkeiten, Ressourcen etc. festlegen wird. Die Digitalisierungsstrategie wird dem Gemeinderat zeitnah vorgelegt werden.
- Im Rahmen des Strategieentscheids werden auch zentrale Stellen definiert bzw. geschaffen, welche die Digitalisierung innerhalb der Stadtverwaltung und im Dialog mit Dritten koordinieren.
- Anschliessend und rollend werden im Rahmen dieser Strategie Pilotprojekte und Projekte zu definieren sein, über deren Umsetzung die finanzzuständigen Organe der Stadt entscheiden werden. Zu prüfen sein wird insbesondere, ob und wieweit rasch einsetzbare Mittel für Innovationsprojekte zur Verfügung gestellt werden können.
- Bereits aktuell stellt die Stadt Bern auf ihrer Internetseite unter dem Stichwort Open Government Data (OGD) maschinenlesbare Daten aus den Bereichen Finanzen, Statistik und Geodaten frei zur Verfügung. Dies wird im Rahmen der Digitalisierungsstrategie konsequent auszubauen sein.
- Schliesslich führt die Stadt in vielen Bereichen Gespräche mit Vertretungen anderer Behörden, von Hochschulen und Organisationen aller Art; wo sich Opportunitäten ergeben, sollen auch in Zukunft gemeinsame Projekte geprüft und bei Eignung durchgeführt werden.

Der Gemeinderat hat bereits in seinen Legislaturrichtlinien festgehalten, dass er die Herausforderung der Digitalisierung der Gesellschaft – soweit sie die Stadtverwaltung und deren Beziehungen zur Bevölkerung betrifft – annehmen will. Die entsprechenden organisatorischen Vorkehren und Arbeiten werden jedoch erhebliche Ressourcen beanspruchen, die den jeweils finanzzuständigen Organen zu beantragen sein werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 17. Januar 2018

Der Gemeinderat